

## Bundesrepublik 3.0

### *Ein Beitrag zur Weiterentwicklung und Stärkung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie durch mehr Partizipation auf Bundesebene*

Jascha Rohr

Der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD von 2018 sah die Bildung einer Expert/innenkommission zur Stärkung unseres demokratischen Systems vor: »Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, die Vorschläge erarbeiten soll, ob und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden kann. Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbeitet werden« (CDU et al. 2018:163).

Dies war Anlass für das Umweltbundesamt (UBA) die nun vorliegende Studie in Auftrag zu geben. Ihr Ziel ist es eine analytische und konzeptionelle Grundlage für die Arbeit einer solchen Kommission vorzulegen. Das Institut für Partizipatives Gestalten (IPG) wurde mit der Studie beauftragt und wir haben diese in einem kollaborativen Team mit dem IASS in Potsdam, Mehr Demokratie e.V. und Verfassungsrechtlern der Hochschulen Osnabrück und Ludwigsburg erarbeitet.

Das Ergebnis ist ein methodischer Ansatz zur Entwicklung neuer Formate und Institutionen für mehr und bessere Beteiligung auf Bundesebene sowie ein konkreter Vorschlag zur Stärkung des politischen Systems der Bundesrepublik geworden. Dazu haben wir in der Studie nationalstaatliche, regionale und kommunale Beteiligungsprojekte analysiert und als Grundlage für Gestaltungsmuster guter Praxis herausgearbeitet.

## Warum Bundesrepublik 3.0?

Wir sehen, ebenso wie im Koalitionsvertrag formuliert, die Notwendigkeit für ein Update des politischen Systems der Bundesrepublik. Wir wollen die Stärken der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie erhalten, ausbauen und um partizipative Ansätze ergänzen. Gründe und Anzeichen für ein solches Unterfangen gibt es zur Genüge, wie wir in der Studie ausführlich erläutern.

Der für uns wichtigste Grund ist jedoch Folgender: ein politisches System muss Antworten geben und Lösungen entwickeln können für die Fragen der Zeit und die Bedürfnisse der Menschen. Damit es dieser Aufgabe gerecht wird, benötigt es zeitgemäße Strukturen, Prozesse und Institutionen. Es bedarf eines Designs, das den politischen Kontext berücksichtigt, gesellschaftliche Trends und Innovationen aufnimmt und die Stabilität und Wirksamkeit demokratischer Strukturen auch für die Zukunft gewährleistet.

Das politische System, das uns in der Nachkriegszeit (Bundesrepublik 1.0) und nach der Wiedervereinigung (Bundesrepublik 2.0) gut gedient hat, ist für die aktuellen Fragen, Herausforderungen und Themen jedoch nicht mehr ausreichend gut gerüstet. Das muss nicht verwundern oder beunruhigen. Zeiten ändern sich und der gesellschaftliche, technologische und ökologische Wandel ist umfassend und schnell. Jedes System, das dem Stand halten will, muss sich diesen neuen Umständen entsprechend wandeln. Jeder, der in Organisationen tätig ist oder Technologien entwickelt, weiß, dass ein System, das nicht regelmäßigen Veränderungsprozessen und Innovationszyklen unterzogen wird, früher oder später seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann. Es sollte daher nicht die Ausnahme, sondern eine Selbstverständlichkeit sein, dass sich auch politische Institutionen und Prozesse solchen Updates unterziehen.

Wir haben das in der Studie vorgeschlagene Update die Bundesrepublik 3.0 genannt. Die Bundesrepublik 3.0 ist stark, resilient, transparent und partizipativ. Sie ist in der Lage, Bürger/innen und Politik wieder enger zusammenzubringen, innovative gesellschaftliche Lösungen für die großen Zukunftsfragen zu entwickeln und eine starke Identifizierung mit einer funktionierenden Demokratie zu schaffen.

Unsere Frage musste daher nicht nur lauten: wie kann ein solches Update genau aussehen, sondern vielmehr: auf welche Weise können wir (oder eine Expertenkommission) solche Updates zukünftig entwickeln? In der Studie haben wir beides geleistet: wir haben ein Werkzeug entwickelt, um das Design von Governancestrukturen voranzutreiben und wir haben mit diesem Werkzeug einen ersten Diskussionsvorschlag für ein konkretes Update der Bundesrepublik erarbeitet: ein Konzept für einen Prototypen, die Bundesbeteiligungswerkstatt. Folgerichtig haben wir mit dem oben genannten Team dazu in einem kokreativen und generativen Gestaltungsprozess gearbeitet, in den sowohl praktische Partizipations- und Prozesskompetenz sowie politikwissenschaftliche und verfassungsrechtliche Expertise eingeflossen sind.

Das Ergebnis der Studie beruht auf einer Gegenüberstellung von (1) offenen Gestaltungsfragen, die sich aus der Analyse von gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Herausforderungen, den Schwierigkeiten von nationalstaatlichen Beteiligungsvorhaben und dem potenziellen Wirkvermögen unterschiedlicher Partizipationskonzepten ergeben sowie (2) auf Gestaltungsmustern guter Beteiligungspraxis, die auf Grundlage einer Analyse von bestehenden Verfahren und theoretischen Konzepten kommunaler, regionaler und nationalstaatlicher Beteiligung extrahiert und herausarbeitet werden.

## **Die Methode: Governance gestalten mit Mustern guter Praxis**

Wir halten es für empfehlenswert und zielführend, die Frage nach der Weiterentwicklung und Stärkung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie durch partizipative Verfahren als eine Fragestellung des politisch-systemischen Designs – also als einen eigenen Gestaltungsprozess – zu begreifen. Daher haben wir uns eines strukturierten methodischen Verfahrens, der Mustersprachenmethodik des Mathematikers und Architekten Christopher Alexanders bedient.

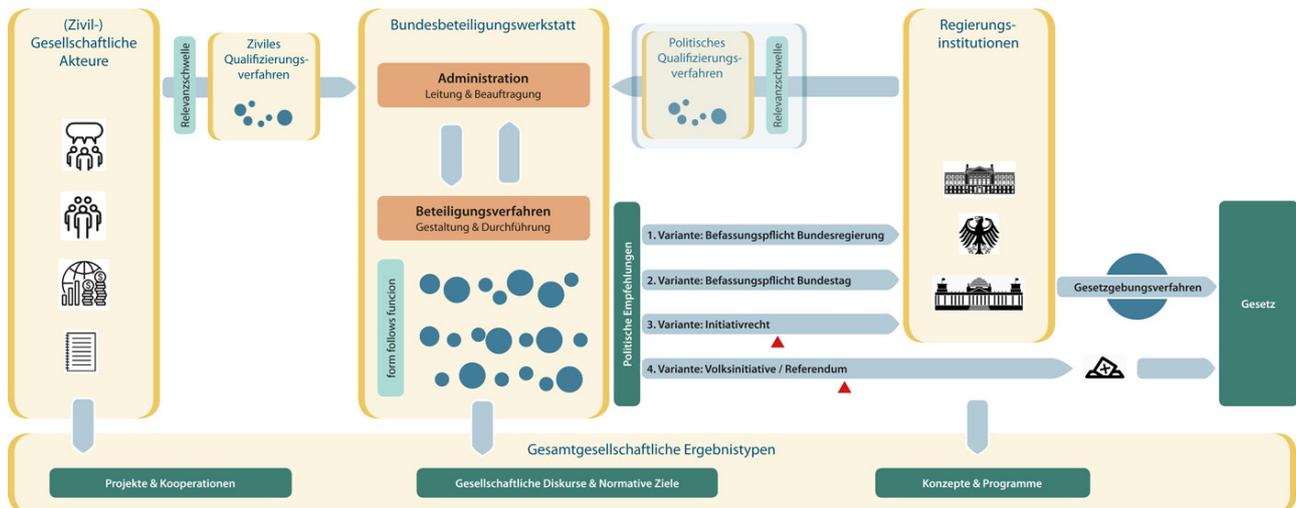
Um diese Gestaltungsmuster formulieren zu können, haben wir innovative und erfolgreiche Ansätze partizipativer Verfahren auf kommunaler, regionaler und nationalstaatlicher Ebene gesichtet und die darin enthaltenen Ansätze, Haltungen und Qualitäten für den Erfolg der jeweiligen Verfahren analysiert. Indem wir diese in abstrahierter Form herausgearbeitet haben, ist es nun möglich, auf Basis dieser Muster für die spezifischen politischen Kontexte der Bundesrepublik Deutschland neue Beteiligungslösungen zu entwerfen.

**Die Muster lauten:**

- (0101) Gute Ressourcenausstattung
- (0102) Unterschiedliche Initiierungsmöglichkeiten
- (0103) Kombination formalisierter und nicht formalisierter Elemente
- (0104) Verzahnung mit Governance-Aktivitäten
- (0105) Kopplung mit regionalen und lokalen Formaten
- (0106) Kombination repräsentativer, partizipativer und direktdemokratischer Verfahren
- (0107) Institutionalisierung eines dauerhaften und unabhängigen Gremiums
- (0108) Feste Orte für Beteiligung
- (0201) Kombination unterschiedlicher Rekrutierungsmodi
- (0202) Kokreative Verfahrensentwicklung
- (0203) Kollaboratives Arbeiten
- (0204) Begleitung durch Partizipationsexpert/innen, Jurist/innen, Prozessbegleiter/innen und Fachexpert/innen
- (0205) Gemeinsamer Arbeitsprozess zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft
- (0206) Transparenz nach außen
- (0207) Vielfältige Ergebnistypen
- (0301) Generative Prozessbegleitung
- (0302) Bearbeitung kollektiver Erfahrungen

## **Ein Beispieldesign: Die Bundesbeteiligungswerkstatt**

In unserem Prototypen empfehlen wir bewusst nicht die Anwendung einzelner punktuell angelegter Partizipationsformate und -verfahren, die bereits andernorts erprobt oder sogar etabliert sind. Wir stellen stattdessen eine neu einzuführende Institution, die Bundesbeteiligungswerkstatt vor, aus der heraus diverse Beteiligungsverfahren entwickelt und durchgeführt werden können.



Grafik 1: Aufbau der Bundesbeteiligungswerkstatt

Solche Verfahren können auf unterschiedliche Weise initiiert werden:

### 1. Durch (zivil-)gesellschaftliche Akteur/innen:

Wir denken, dass es wichtig ist, dass die Bundesbeteiligungswerkstatt direkt durch die Zivilgesellschaft angerufen werden kann. Dazu muss ein ziviles Qualifizierungsverfahren entwickelt werden, das mindestens eine Relevanzschwelle enthält, z. B. ein Quorum ähnlich dem eines Bürgerentscheids.

### 2. Durch Regierungsinstitutionen:

Dass Regierungsinstitutionen wie die Bundesregierung, Ministerien, der Bundestag oder einzelne Fraktionen selbst die Möglichkeit zur Initiierung von Beteiligungsverfahren haben, ist eine noch kontrovers zu diskutierende Option. Wir sehen jedoch zwei Möglichkeiten dazu: a) Regierungsinstitutionen initiieren eigenständig Beteiligungsverfahren in der Bundesbeteiligungswerkstatt über ein separates Qualifizierungsverfahren mit Relevanzschwelle. b) Da die Möglichkeit der Initiierung aus den Regierungsinstitutionen heraus eine Reihe rechtlicher, inhaltlicher und machttheoretischer Fragen, z. B. in Bezug auf die Gewaltenteilung, hervorruft, könnte man für Regierungsinstitutionen exakt die gleichen Hürden und Verfahren in Kraft setzen wie für die zivilgesellschaftlichen Akteur/innen.

Die Beteiligungsverfahren der Bundesbeteiligungswerkstatt erzeugen gesellschaftliche Diskurse und Entwicklungsprozesse zu relevanten aktuellen Themen. Es werden normative normative Zielvorstellungen erarbeitet, nach denen die Gesellschaft diese Themen für die Zukunft gestalten möchte. Auf Basis der gesellschaftlichen Diskurse und normativen Ziele können verschiedene Ergebnistypen innerhalb der Prozesse der Bundesbeteiligungswerkstatt entstehen:

## 1. Politische Empfehlungen

Als politische Empfehlungen verstehen wir all die Ergebnisse, die auf eine politische Gestaltung durch entsprechende Gesetze, Verordnungen und Vorschriften zielen und von den entsprechenden gesetzgebenden Institutionen aufgenommen werden müssten.

## 2. Gesamtgesellschaftliche Ergebnistypen

Durch das jeweilige Verfahren können darüber hinaus relevante Ideen für Projekte und Kooperationen entstehen, die (gemeinsam) von zivilgesellschaftlichen Akteur/innen, wissenschaftlichen und/oder wirtschaftlichen Akteur/innen getragen werden.

## Intention

Wir möchten mit der Studie »Bundesrepublik 3.0« einen Diskurs über das Design gouvernementaler Strukturen, Prozesse und Institutionen auf Bundesebene anregen. Ein idealer Ort diesen Diskurs zu führen wäre die geplante Expert/innenkommission. Aber auch ein offenerer gesamtgesellschaftlicher Diskurs darüber wäre begrüßenswert. Wir hoffen mit unserer Studie dafür einen Anstoß geben zu können und erste Werkzeuge und Lösungen beigetragen zu haben.

## Anmerkungen

---

Die vollständige Studie und der Abschlussbericht im Netz unter:

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/bundesrepublik-30>

## Autor

---

**Jascha Rohr** ist Gründer, Gesellschafter und Geschäftsführer des Instituts für Partizipatives Gestalten und Gastwissenschaftler der Zeppelin Universität. Er ist Moderator und Begleiter partizipativer und kollaborativer Gestaltungsprozesse.

## Kontakt

Institut für Partizipatives Gestalten

Jascha Rohr

Moltkestraße 6a

26122 Oldenburg

E-Mail: [j.rohr@partizipatives-gestalten.de](mailto:j.rohr@partizipatives-gestalten.de)

Web: [www.partizipatives-gestalten.de](http://www.partizipatives-gestalten.de)

## Redaktion

---

---

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)